

berlin-report

informationen der schleswig-holsteinischen bundestagsabgeordneten

März 2009

Falsche Prioritäten bei der Krisenbewältigung

Es musste erst zu einer weltweiten Krise kommen, damit die große Koalition wichtige Politikfelder endlich in den Fokus ihres Handelns rückt. Mit schnell aufgelegten Konjunkturpaketen versucht die Bundesregierung nun das Land vor der Konjunkturflaute zu bewahren.

Von *Grietje Staffelt*

Von Rezessionsangst getrieben prescht die Regierung mit einem kunterbunten Sammelsurium an Maßnahmen in die Krisenbewältigung. Die finanzielle Gewichtung der einzelnen Maßnahmen zeigt deutlich, wo die Bundesregierung ihre Prioritäten setzt.

Zunächst klingen die 14 Mrd. Euro, die von der Bundesregierung für nachhaltige Zukunftsinvestitionen bereitgestellt werden, nach entschlossenem und großzügigem Handeln. Mit 4 Mrd. Euro des Gesamtpakets als Bundesinvestitionen sollen der Ausbau und die Erneuerung des Verkehrswegenetzes, die energetische Sanierung von Bundesbauten und die Ressortforschung gefördert werden. Die restlichen 10 Mrd. Euro sind als

Investitionsprogramm für Länder und Kommunen vorgesehen. Davon sind

6,5 Mrd. Euro für den dringenden Ausbau und die Sanierung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen vorgesehen. Es bleiben 3,5 Mrd., die dann in die Erweiterung und die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur fließen sollen.

Diesen Hilfgeldern für die kommunale Infrastruktur, mit denen auch die Breitband-Infrastruktur gefördert werden soll, stehen geschätzte 3,8 Milliarden Euro gegenüber, die den Bund bis 2014 die Steuerbefreiung für Neufahrzeuge, die neue Kfz-Steuer und die Abwrackprämie kosten werden. Ins Extreme verschieben sich die Verhältnisse, wenn man die Zuschüsse für die Infrastruktur mit den über 92 Mrd. € an Steuergeldern für Hilfsleistungen und Bürgschaften beim Baufinanzierer Hypo Real Estate vergleicht.

Die Automobilindustrie ist durch eine verfehlte Modellpolitik und die Finanzwirtschaft durch ihre blinde Gier nach Gewinnen in schweres Fahrwasser geraten.

ten. Die über eine Million Haushalte ohne Breitbandanschluss dagegen sind für ihre Situation genauso wenig verantwortlich wie die Millionen von Kindern in baufälligen, schlecht ausgestatteten Kindergärten und Schulen.

Es richtig, dass der Bund in der Krise Geld in die Hand nimmt und als öffentlicher Investor versucht die Wirtschaft anzukurbeln. Er handelt aber mit den falschen Prioritäten, wenn er seine Mittel nicht nutzt, um nachhaltig und zukunftsorientiert zu fördern. Seien es alternative Antriebe, vernünftige und durchsichtige Anlagemodelle oder aber der flächendeckende Ausbau einer leistungsfähigen und zukunftsorientierten Informationstechnologie.



Grietje Staffelt, medienpolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen

Stattdessen wird beim Breitband auf alte Gäule gesetzt. Die Konzentration auf den Ausbau der VDSL- oder Funktechnik bevorzugt die Marktführer und bindet millionen Haushalte an deren Angebote. Alternative Lösungen, die kommunales Engagement und schon existierende Netzwerkstrukturen wie das Strom- und Schienennetz mit einbeziehen, werden nicht diskutiert. Es ist dringend geboten, endlich - wie schon in unserem Änderungsantrag Breitbandausbau gefordert - eine umfassende Breitbandbedarfsanalyse für Deutschland zu erstellen, um auf Basis dieser Erhebung mit geeigneten Instrumenten und ausreichenden Mitteln die digitale Kluft zu schließen. ●

Europa ist mehr als die Europäische Union

Von Rainer Steenblock

Auf dem europapolitischen Bundesparteitag in Dortmund vom 23. bis 25. Januar erinnerte ich in meinem Redebeitrag daran, dass die Europäische Union mit ihren Werten der Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und sozialen Gerechtigkeit zweifelsohne ein politisches Erfolgsmodell darstellt und weiterhin unseren vollen Einsatz verdient. Bündnis 90/Die Grünen waren und sind die Europapartei. Uns ist es wichtig, dass sich die Europäische Union weiterentwickelt. Der Vertrag von Lissabon ist hier eine Chance, die es zu nutzen gilt. Auch wollen wir, dass die Europäische Union weiter wächst, denn: Unsere Nachbarländer in Osteuropa und auf dem Balkan sowie die Türkei sind Teil

des Europäischen Kontinents. Das Signal, das für mich von diesem Bundesparteitag ausgeht, ist klar: Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, setzen uns als europäische Partei nicht nur für eine gerechte und demokratische Europäische Union ein, wir denken Europa weiter. Mit dieser Stärke können wir wieder einen erfolgreichen Europawahlkampf 2009 führen. Meine Rede findet ihr

auf www.youtube.de und einen Link zu dieser Rede auf meiner Homepage. ●



Beide Fotos sind von der BDK 23.-25. Januar 2009 in den Westfalenhallen Dortmund. (T. Berndt)

Bulgarien unterstützen

Vom 31. Januar bis zum 3. Februar besuchte ich Bulgarien, das mit Rumänien im Rahmen der letzten Erweiterungsrunde 2007 Mitglied der EU geworden ist. Noch immer kämpft die junge Demokratie mit einer hohen Korruption, die die wirtschaftlichen Erfolge des Landes konterkariert. Aus diesem Grund wurden Bulgarien in diesem Jahr EU-Fördergelder entzogen.

Da Deutschland einer der wichtigsten Partner Bulgariens ist, tragen wir eine besondere Verantwortung für das Land, das seit dem Beitritt in die EU massive Fortschritte erzielt hat. Bei weiteren Bemühungen auf dem Weg der Rechtsstaatlichkeit müssen wir Bulgarien daher unterstützen.

In Sofia besuchte ich das Parlament und traf mich unter anderem mit dem



Ministerpräsidenten Sergej Stanishev, dem Außen-, dem Innen- und dem Wirtschafts- und Energieminister, der Justizministerin sowie dem deutschen Botschafter. Ein reichhaltiges Programm mit spannenden Gesprächen. Selbst wenn es noch viel zu tun gibt, bin ich nach meinem Besuch zuversichtlich, dass Bulgarien auch die letzten von der EU formulierten Kriterien bald erfüllen wird und 2011/2012 der Eurozone beitreten kann. Hierfür wünsche ich dem Land viel Erfolg. ●

Wahlkreisbüro Rainer Steenblock
Barbara Laubheimer
Thorsten Berndt
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553987
Telefax 04101 553986
rainer.steenblock@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro
Manuela Siebert
Irene Hahn
Jörn Pohl
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 227-72056
Telefax 030 227-76056
rainer.steenblock@bundestag.de

www.rainer-steenblock.de

WEU auflösen

rs In einem aktuellen Bundestagsantrag fordere ich die Bundesregierung auf, sich für eine Auflösung der 1954 gegründeten Westeuropäischen Union (WEU) einzusetzen. Die WEU wurde in Zeiten des sich andeutenden Ost-West-Gegensatzes mit dem Ziel gegründet, als „europäischer Pfeiler der NATO“ die Sicherheit der Partner durch automatischen Beistand zu erhöhen und die Westintegration Deutschlands zu befördern. Sowohl NATO als auch EG übernahmen jedoch bereits kurz nach Gründung der WEU deren Aufgaben. Spätestens seit dem Ende des „Kalten Krieges“ und der voranschreitenden europäischen Integration im Rahmen der Europäischen Union ist die WEU historisch und politisch überholt. Sie spiegelt mit ihren 10 Mitgliedern die politische Realität einer erweiterten EU mit 27 Mitgliedsstaaten nicht wider. Momentan hat Deutschland den Vorsitz der WEU inne. Diese Chance wollen wir nutzen, die WEU ein für allemal aufzulösen und damit gleichzeitig die EU zu stärken. Den Antrag findet Ihr – wie alle meine parlamentarischen Initiativen – auf meiner Homepage unter www.rainder-steenblock.de ●

Wahlkreisbüro Grietje Staffelt

Claudia Prehn
Fabian Frei
Catharina Nies
Im Brauereiviertel 5, 24118 Kiel
Telefon 0431 5578262
Telefax 0431 5578224
grietje.staffelt@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro

Tanja Bergmann
Niklas Rößler
Stephan Kolbe
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-75052
Telefax 030 227-76051
grietje.staffelt@bundestag.de

▶ www.grietje.de



K. Klein

Für ein Jahr ist **Christian Green** mit dem parlamentarischen Patenschaftsprogramm aus Michigan nach Tornesch gekommen. Ich habe - nicht nur wegen seines Namens - die Patenschaft für Christian übernommen und freue mich, dass der junge US-Amerikaner sich bei uns wohl fühlt.

Generationenübergreifend: Medienkompetenz fördern

gs Für viele eine Selbstverständlichkeit – Bahnfahrkarten im Internet buchen, Bankgeschäfte online abwickeln und E-Mails schreiben. Wohl dem, der sich kompetent in der digitalen Welt bewegt. Wer aber das Internet und die neuen Medien nicht nutzen kann, ist in vielen Bereichen benachteiligt.

Obwohl die Zahl InternetnutzerInnen stetig ansteigt, bleiben die Zahlen der älteren Onlineer auf einem niedrigen Niveau. Bislang nutzen weniger als die Hälfte der über 50-Jährigen das Internet. Damit wird deutlich: Die Integration älterer Menschen in die Informationsgesellschaft hat bisher nicht stattgefunden.

Deshalb muss die Bundesregierung Modellprojekte fördern, die der



aboutpixel | stormpic

Unterschiedlichkeit Älterer und einem differenzierten Altersbild gerecht werden. Zudem muss die Medien- und Internetkompetenz endlich als Förderziel in den Richtlinien des Bundesaltensplans aufgenommen werden. Das fordern wir in unserem Antrag „Medienkompetenz Älterer stärken – Die digitale Kluft schließen“ (Drucksache 16/11365). ●